



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

FRAKTION KOMPAKT

Das Magazin der AfD-Bundestagsfraktion

Dezember — 2020

Ausgabe 3

Freiheit ist das höchste Gut

Durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie geraten die Grundrechte in Gefahr, doch die AfD-Fraktion hält dagegen

Bildquelle: Adobe Stock / © Halfpoint



Auch als digitale Version:

www.afdbundestag.de/fraktionkompakt/

INHALT



REGIEREN AM VOLK VORBEI

Wenn die Kanzlerin „die Zügel anziehen“ und „brachial durchgreifen“ will, ist die Opposition gefordert



EINWANDERUNG – EIN DEUTSCHES VERLUSTGESCHÄFT

Die Masseneinwanderung wird den Deutschen als „Bereicherung“ verkauft. Die AfD hakte nach und kam auf ein ganz anderes Ergebnis

3 EDITORIAL

11 KAMPF FÜR GERECHTIGKEIT IM PARLAMENT

Gleiche Rechte für alle Abgeordneten

13 DIE KEIMZELLE DES SOZIALEN VERTEIDIGEN

Die AfD-Fraktion kämpft für die Wertschätzung der Familie

15 JENSEITS AUSGETRETENER ÖFFENTLICH-RECHTLICHER PFADE

Auf der zweiten Konferenz der Freien Medien präsentierten sich im Bundestag unabhängige Journalisten und Blogger

16 „CORONA“ MUSS EIN PARLAMENTARISCHES NACHSPIEL HABEN

Die AfD-Fraktion verlangt einen Untersuchungsausschuss

18 DAS LEID IN SYRIEN ENDLICH BEENDEN

Mit mehreren Initiativen setzt die AfD-Bundestagsfraktion auf eine neue Syrienpolitik

20 EIN EUROPA IN FREIHEIT

EU-Kritiker diskutierten über die Zukunft Europas und der EU

22 LUFTFAHRT UNTER QUARANTÄNE

Der Flugverkehr liegt buchstäblich am Boden

24 KAHLSCHLAG IM SCHATTEN DER KRISE

Das Kulturleben ist durch die Lockdown-Maßnahmen stark eingeschränkt

26 PRAKTISCHE MENSCHENLIEBE STATT IDEOLOGIE

Menschen in Not jenseits der Machtpolitik helfen

28 DEM DEUTSCHEN OSTEN VERPFLICHTET

Eine Arbeitsgruppe der AfD-Fraktion setzt sich für die Belange der Vertriebenen und Minderheiten ein

31 DIE WERTSCHÄTZUNG DES BÜRGERS IST DIE GRUNDLAGE UNSERER ARBEIT

Die AfD-Fraktion hat ein Bürgerbüro eingerichtet



Jetzt abonnieren

Sie können das Magazin der AfD-Bundestagsfraktion kostenfrei abonnieren. Rufen Sie im Bürgerbüro (030 / 227 57141) an. Sie erhalten dann jede neue Ausgabe von Fraktion Kompakt bequem per Post.



Wir verteidigen die Grundrechte

Wasserwerfer, die das Volk vor dem Reichstag auf Abstand halten und schließlich auseinanderreiben: Diese Bilder bleiben für immer mit dem 18. November 2020 und der Debatte über das „Dritte Bevölkerungsschutzgesetz“ verbunden. Sie illustrieren exemplarisch den Umgang der Bundesregierung und weiter Teile der Opposition mit der Corona-Pandemie. Während draußen zehntausende Bürger für ihre Grundrechte demonstrierten, bekräftigte die AfD-Fraktion in der Debatte im Bundestag ihr Nein zu dem Gesetz, durch das eine Aushöhlung des Grundgesetzes droht.

Die Auseinandersetzung um das Bevölkerungsschutzgesetz hat gezeigt: Die Demokratie in Deutschland steht unter Druck. Doch die Gefahr für unser demokratisches System geht nicht von den Kritikern der Corona-Maßnahmen aus, sondern von den im Grundgesetz nicht vorgesehenen Gesprächsrunden im Bundeskanzleramt, nicht wenige sprechen von „Kungelrunden“, in denen Bund und Länder am Parlament vorbei folgenschwere Maßnahmen bis hin zur Einschränkung von Grundrechten beschließen. Wer, wie die AfD-Bundestagsfraktion, dieses Vorgehen kritisiert, wird schnell als „Covidiot“ oder „Corona-Leugner“ beschimpft.

Doch wir lassen uns nicht einschüchtern. Als größte Oppositionsfraktion stehen wir in der Verantwortung, die Grundrechte gegen den Versuch zu verteidigen, einen dauerhaften „Seuchennotstand“ zu etablieren. Wir treten bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie weiter für eine vernünftige und abgewogene Vorgehensweise ein, die nicht wie der andauernde Lockdown mehr Schaden anrichtet als die Pandemie selbst. Das sind wir nicht nur allen Mitbürgern schuldig, die durch die Ausgangsbeschränkungen und die Verbote beruflicher Tätigkeiten in Existenznot geraten sind, sondern auch unserer Demokratie.

Dr. Alice Weidel, MdB
Fraktionsvorsitzende

Dr. Alexander Gauland, MdB
Fraktionsvorsitzender

REGIEREN AM VOLK VORBEI

Wenn die Kanzlerin „die Zügel anziehen“ und „brachial durchgreifen“ will, ist die Opposition gefordert.

Nach dem Corona-Jahr 2020 ist Deutschland ein anderes Land geworden. Das liegt weniger am Virus Sars-CoV-2 selbst, das die Welt noch immer in Bann hält. Es ist der Umgang der verantwortlichen Politiker mit dieser Herausforderung, der sich zunehmend von nachprüfbaren Fakten und der Verfassungswirklichkeit abgekoppelt hat und dadurch die Grundlagen unseres demokratischen Rechtsstaats, unserer wirtschaftlichen Prosperität und des geordneten Zusammenlebens in unserem Gemeinwesen in Frage stellt.

Das Infektionsschutzgesetz ist zum Ersatz-Notstandsgesetz mutiert. Im Verlauf der Bekämpfung der Pandemie hat sich die Exekutive Befugnisse und Kompetenzen angemäht, die die demokratische Gewaltenteilung und Machtkontrolle aus dem Gleichgewicht gebracht haben. Im Wochentakt stellen neue und widersprüchliche „Corona-Regeln“ auf allen politischen Ebenen zentrale Grund- und Freiheitsrechte zur Disposition.

Die Verhältnismäßigkeit bleibt dabei auf der Strecke. Sanktionsbewehrte Reisewarnungen und „Beherbergungsverbote“ für Urlauber aus von den Behörden definierten „Risiko-gebieten“ schränken Bürger massiv in ihrer Freizügigkeit ein. Sperrstunden, Zwangsschließungen, schematische Abstandsgebote und „Hygieneauflagen“ setzen der Gewerbe- und Eigentumsfreiheit von Einzelhändlern und Gastronomen sehr enge Grenzen; für Musiker, Künstler, Chöre und Orchester laufen sie nicht selten auf ein faktisches Berufsverbot und die Zerstörung der Existenzgrundlage hinaus.

Bekleidungs Vorschriften und Vermummung in der Öffentlichkeit waren für freiheitliche Gesellschaften lange ein Tabu. Jetzt zwingen willkürlich verhängte und ausgeweitete „Masken“-Pflichten zur Entpersönlichung. Kontaktbeschränkungen treiben Alte und Kranke, die sie besonders schützen sollen, in Vereinsamung, Isolation und Depression.

Mit Personenobergrenzen für private Zusammenkünfte stellen Regierungen und Verwaltungen sogar die Unverletzlichkeit der Wohnung in Frage, während Test- und Quarantänepflichten tief in persönliche Freiheitsrechte eingreifen. Die Behördensprache stempelt kerngesunde, aber „positiv getestete“ Bürger zu „Verdachtspersonen“ und sperrt sie zu Hause ein. Absurd hohe Strafandrohungen, die in keiner nachvollziehbaren Relation mehr zu realen Strafen für echte Verbrechen stehen, sollen die Einhaltung dieser Maßnahmen erzwingen.

Vor allem aber: Die Entscheidung über diese und weitere gravierende Eingriffe fällt immer häufiger nicht nach eingehender, sachlicher und ganzheitlich abwägender Debatte im Parlament, sondern in Küchenkabinetten mit von der Regierung selbst berufenen „Experten“ oder in von der Verfassung nicht vorgesehenen Ministerpräsidentenrunden im Kanzleramt. Zu selbstverständlich hat sich die Exekutive an das bequeme „Durchregieren“ per Notverordnung gewöhnt. Verfassungsrechtler schlagen angesichts der notorischen Aushebelung von Parlamentsrechten bereits Alarm und warnen, wie der Präsident des rheinland-pfälzischen Verfassungsgerichtshofs Lars Brocker, vor einem vom parlamentarischen Gesetzgeber abgekoppelten „Sonderrechtsregime“ von Corona-Verordnungen.

„Dem deutschen Volke“ hat die Politik zu dienen und nicht am Volk vorbei zu regieren. Die stolze Widmung über dem Portal des Reichstagsgebäudes war seinerzeit als Warnschuss an einen Monarchen gedacht, der mit romantisch-absolutistischen Vorstellungen von Selbstregierung liebäugelte. Die Mahnung ist auch heute gültig. Für uns als größte Oppositionsfraktion ist sie Auftrag und Verpflichtung: Gerade in Krisenzeiten braucht die Demokratie ein starkes Parlament und eine selbstbewusste Opposition als Stimme der Vernunft.

Wenn eine Kanzlerin sachlich begründete Zweifel an ihren Maßnahmen als „Öffnungsdiskussionsorgien“ abtut und stattdessen davon redet, jetzt aber die „Zügel anziehen“ und „brachial durchgreifen“ zu wollen, als hätte sie es mit verstockten Untertanen zu tun und nicht mit freien und mündigen Staatsbürgern; wenn ihre Fürsprecher in Politik und Medien abweichende Positionen nicht mehr gelten lassen

und ihre Vertreter als Schadensstifter diffamieren – gerade dann muss eine Oppositionskraft ihre Stimme erheben, das Regierungshandeln kritisch hinterfragen, Parlamentsrechte einfordern und Bürger- und Freiheitsrechte verteidigen, ohne dabei real existierende Gefahren zu ignorieren und den Schutz der Bürger und besonders gefährdeter Personen aus den Augen zu verlieren.

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hat in der Corona-Krise diese Verantwortung von der ersten Stunde an wahrgenommen. Wir haben frühzeitig kritisiert, dass die Bundesregierung das Sars-CoV-2-Virus zunächst nicht ernstgenommen und der Ausbreitung untätig zugesehen hat, statt umgehend mit gezielten und begrenzten Maßnahmen dagegenzuhalten. Bei den anderen Parteien meinte man damals noch, sich über unsere Warnungen und Vorschläge lustig machen zu müssen.

Und wir kritisieren heute, dass die Bundesregierung, die erst zu spät und dann zu heftig reagiert hat, jetzt nicht

„Welche Alternativen gibt es zu dem jetzigen Kurs und wann denkt die Bundesregierung, diese aufzuzeigen?“

Alexander Gauland

Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion

”

mehr den Ausweg findet und sich immer tiefer in ihre kontraproduktive Corona-Politik verrennt. Längst schon drohen die Auswirkungen der Corona-Politik mehr Schaden anzurichten als die Pandemie selbst.

Schüler und Studenten gehören zu den Hauptbetroffenen. Obwohl selbst nach Ansicht des Robert-Koch-Instituts Schulen keine herausragende Rolle im Infektionsgeschehen spielen, müssen Schüler unter überzogenen Maßnahmen wie Maskenpflicht im Unterricht oder Dauerlüften auch bei Minusgraden leiden. Die Rückschläge durch die Schulschließungen im Frühjahr und fortdauernde Kontaktbeschränkungen sind noch nicht überwunden. Fernunterricht ist kein Ersatz und trotz aller Lippenbekenntnisse zur „Digitalisierung“ für die meisten Schulen auch bloße Utopie. Vor allem in Klassen, in denen mehrheitlich Migranten unterrichtet werden, müssen die Pädagogen oftmals wieder bei

Null anfangen. Agieren die Regierungen im Bund und in den Ländern weiterhin so kopflos, droht mehr als nur ein verlorener Jahrgang.

Kaum erholen sich Tourismus und Gastronomie zaghaft durch eine vorsichtig erwachende Inlandsnachfrage, fällt ihnen die Politik wieder in den Rücken. Das Chaos um „Beherbergungsverbote“, Sperrstunden, neue Ausgangsbeschränkungen und Auflagen, dazu die Warnung der Kanzlerin vor Reisen jeglicher Art, könnte einer einst florierenden Branche mit Millionen Beschäftigten den Todesstoß versetzen; viele Selbstständige und Mittelständler stehen bereits vor dem Ruin. An den offenen Grenzen für Migranten will die Politik nicht rütteln, aber im eigenen Land werden die Bürger förmlich eingemauert.

Versuch, zweiten Lockdown zu verschleiern

Die politischen Verantwortlichen haben nicht einmal den Mut, den Bürgern reinen Wein einzuschenken. Mit einer unsäglichen Verschleierungstaktik versuchten Bundesregierung und Ministerpräsidenten den faktisch Anfang November verhängten zweiten Lockdown zunächst als zeitlich begrenzten „Lockdown light“ zu verharmlosen. Dabei lassen schon jetzt Reise- und Kontaktbeschränkungen sowie inflationär verhängte „Maskenpflicht“-Anordnungen Handel und Gewerbe in den Innenstädten veröden. Für diesen „kalten Lockdown“ gibt es auch keine Ausgleichszahlungen. Die nächste Pleitewelle ist programmiert.

Im produktiven Kern der Industrie ist die Entlassungswelle bereits in vollem Gange. Die Corona-Krise hat den Niedergang beschleunigt und muss zugleich zur Bemäntelung herhalten: Denn tatsächlich ist es die ideologisch aufgeladene „Klimaschutz“- „Energiewende“- und Anti-Verbrennungsmotor-Politik der Bundesregierung, die Deutschlands industrielles Rückgrat bricht.

Um die Folgen zu verschleiern, nutzt die Regierungsmehrheit die Corona-Krise als Vorwand, um den Staatshaushalt unverantwortlich aufzublähen. Die „Schuldenbremse“ wurde zuerst außer Funktion gesetzt: 400 Milliarden Euro neue Schulden plant die Koalition für 2020 und 2021. Vor wenigen Jahren wäre das noch ein kompletter Bundeshaushalt für ein ganzes Jahr gewesen. Angesichts hoher Rücklagen, die der Bundesfinanzminister in der Hinterhand behält, ist diese Neuverschuldung glatt verfassungswidrig. Die AfD-Fraktion hat deshalb konsequent ihre Zustimmung zum Bundeshaushalt verweigert.

An diesen Schulden werden noch unsere Kinder und Enkel schwer zu tragen haben. Dennoch liebäugelt Olaf Scholz bereits mit neuen Steuern. Die Staatshilfen, die von die-



sem Geld verteilt werden, bringen immer mehr Bürger und ganze Wirtschaftszweige in Abhängigkeit vom Staat. Der nutzt seinen Einfluss und die politisch angeheizte Panik der Bürger, um Gesellschaft und Volkswirtschaft nach ideologischen Vorlieben „umzubauen“. So rutscht unser Land immer tiefer in einen Sozialismus neuer Prägung.

Auch auf europäischer Ebene ist der Umbau in vollem Gange. Hinter dem Vorhang der „Pandemie-Bekämpfung“ treibt die Bundesregierung die Fiskal- und Schuldenunion voran. Der „Corona-Wiederaufbaufonds“ bricht das Tabu der Vergemeinschaftung von Staatsschulden: Die EU-Kommission nimmt Anleihen auf, verteilt das Geld an die Schuldenstaaten im Süden und der deutsche Steuerzahler steht am Ende für die Rückzahlung

gerade. Das bedeutet weitere Milliardenlasten für die kommenden Jahre – zusätzlich zu den Kosten für Rezession, Arbeitslosigkeit und Corona-Schulden.

Die AfD-Fraktion stellt sich als verantwortungsbewusste, der Freiheit und dem Rechtsstaat unbedingt verpflichtete Opposition diesen Fehlentwicklungen konsequent entgegen. Schon als die ersten Corona-Maßnahmen Ende März beschlossen wurden, bestand die AfD-Fraktion als einzige Fraktion im Deutschen Bundestag darauf, die entsprechenden Gesetze und Verordnungen strikt zu befristen und regelmäßig zu überprüfen. Das Parlament muss das letzte Wort behalten; die Regierung kann auch in Krisenzeiten nicht unkontrolliert machen, was sie will.

Die Exekutive wieder in die Schranken verweisen

Damals haben die anderen Fraktionen das weggeschwemmt. Heute zeigt sich: Die Kontrolle ist notwendiger denn je. Und wir werden weiter darauf bestehen. Als erste Fraktion haben wir bereits Ende April, als die Zahl der echten Erkrankungen wieder deutlich zurückging und absehbar war, dass die Pandemie nicht den anfangs erwarteten gefährlichen und dramatischen Verlauf nehmen würde, die Lockerung und wöchentliche Überprüfung der Maßnahmen beantragt.

Und wir haben als erste im Parlament gefordert, die Feststellung einer „epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ wieder aufzuheben und die Effektivität der Maßnahmen wirtschaftlich auszuwerten. Diese Forderung haben wir in mehreren Folgeanträgen bekräftigt. Darüber hinaus werden wir eine Normenkontrollklage wegen des Missbrauchs des Infektionsschutzgesetzes beantragen.

Der Rechtsstaat ist gefordert, um die Exekutive wieder in die Schranken zu verweisen. Der Maßnahmenstaat muss

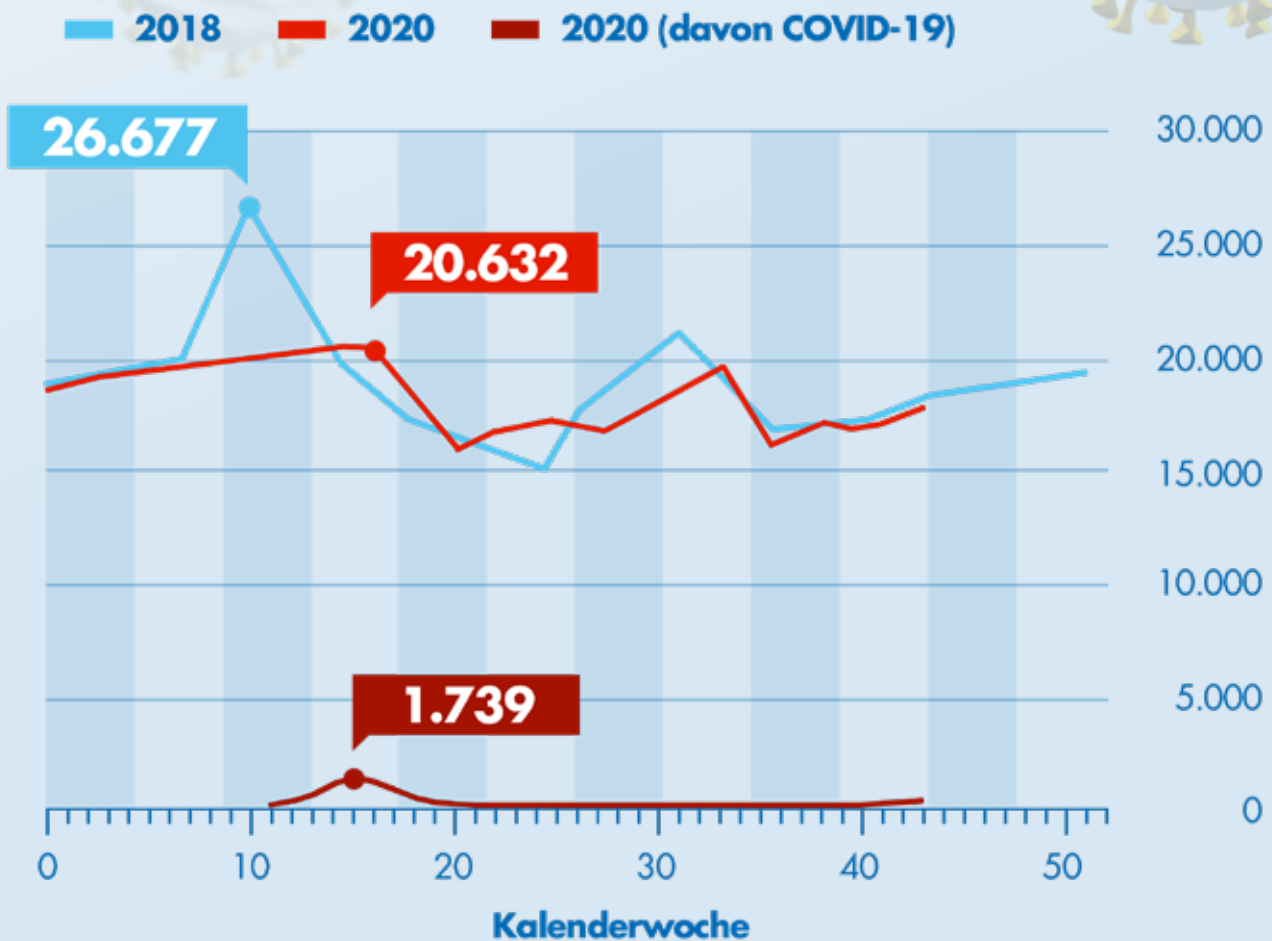


wieder zum Normenstaat werden. „Stark“ muss der Staat da sein, wo er seine Kernaufgaben wahrnimmt: Bei der Aufrechterhaltung einer Rechts- und Wirtschaftsordnung, die gleiches Recht für alle und Sicherheit nach innen und außen gewährleistet, das Eigentum schützt und den Bürgern persönliche und ökonomische Freiheit garantiert.

Wo der Staat sich in die persönliche Lebensgestaltung einmischt, Bürger- und Freiheitsrechte einschränkt, muss er dagegen so „schwach“ wie möglich sein und Freiheit, Eigenverantwortung und Bürgersinn den Vorrang einräumen. Nicht nur in der Corona-Krise läuft die Entwicklung derzeit in besorgniserregendem Tempo in die falsche Richtung. Wir setzen uns im Bundestag dafür ein, das zu korrigieren. In Ihrem Interesse und im Interesse aller Bürger.



Wöchentliche Sterbefallzahlen in Deutschland



Grafik: AfD-Bundestagsfraktion. Quelle: <https://www.destatis.de/>

Einwanderung – ein deutsches Verlustgeschäft

Die Masseneinwanderung wird den Deutschen als „Bereicherung“ verkauft. Die AfD-Fraktion hakte nach und kam auf ein ganz anderes Ergebnis.

Es ist derzeit ein Dogma, dass Deutschland Einwanderung benötige und diese uns bereichere. Doch anders als öffentlich behauptet, ist das eine Geschichte mit viel Schatten und wenig Licht. So genau wollen es die Verantwortlichen wohl auch gar nicht wissen. Fragt man nach den konkreten finanziellen Belastungen, geraten alleine die Kosten der Masseneinwanderung fast zum Staatsgeheimnis.

Eine Große Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion zu den fiskalischen Lasten der Migration (Bundestagsdrucksache 19/18352) beantwortete die Bundesregierung ausweichend und verwies auf die Zuständigkeit der Länder. Der AfD-Antrag „Finanzielle Lasten der Migrationspolitik umfassend offenlegen“ (Bundestagsdrucksache 19/16488), in dem eine Berichtspflicht der Länder sowie jährliche Berichte der Bundesregierung über die Kosten der Migrationspolitik gefordert werden, wurde abgelehnt.

Kardinalfehler von Beginn an

Die Kosten lassen sich daher nur schätzen. Im Finanzplan des Bundes sind für 2018 bis 2023 „flüchtlingsbezogene Belastungen“ in Höhe von 117 Milliarden Euro ausgewiesen. Dies umfasst Bundeszuschüsse an die Länder, nicht aber deren Eigenleistungen. Das Institut der Deutschen Wirtschaft und der Sachverständigenrat der Bundesregierung schätzen die jährlichen Kosten der Zuwanderung auf insgesamt 50 Milliarden Euro, das Kieler Institut für Wirtschaftsforschung auf 55 Milliarden Euro.

**50-55 Milliarden
pro Jahr
für Zuwanderung**

Tatsächlich hat Deutschland zu keinem Zeitpunkt von der Einwanderung profitiert. Die Probleme begannen bereits Anfang der sechziger Jahre: In der Türkei herrscht ein Geburtenüberschuss. Nicht zuletzt auf Druck der Vereinigten Staaten kam es schließlich 1961 zum Gastarbeiterabkommen mit der Türkei. Die damalige Bundesregierung ging nur von einem temporären Aufenthalt der angeworbenen Arbeitskräfte aus, versäumte jedoch, von Anfang an klare Rückkehrmechanismen zu installieren. Ein Kardinalfehler, der sich bis heute fortsetzt.

Zusätzlich etablierte sich seit den 1980er Jahren das Asylrecht als weiterer Einfallstor für eine neue Masseneinwanderung. Als 1992 über 1,5 Millionen Asylantragsteller einreisten, kam es zum sogenannten Asylkompromiss. Seit 2007 steigt die Anzahl der Asylbewerber jedoch wieder. Grund ist die Einführung des dem internationalen Recht entnommenen



Flüchtlingsstatus in das bundesdeutsche Asylrecht („kleines Asyl“, „subsidiärer Schutz“). In der Praxis hat das Asylgrundrecht („großes Asyl“) fast jede Bedeutung verloren.

Zwischen 1991 bis 2015 sind 20,3 Millionen Ausländer nach Deutschland zu- und 14,5 Millionen wieder abgewandert. Ungeheure soziale Verwerfungen, die für jedes Gemeinwesen äußerste Belastungen darstellen. Alles das ist nicht als Naturereignis über Deutschland hereingebrochen, sondern politisch gewollt. Deutlich wird dies in der Weigerung, die seit dem Schengener Abkommen ungeschützten deutschen Grenzen zu sichern. Spätestens seit 2015 ist klar: Wer an die deutsche Grenze gelangt, wird einreisen können, auch ohne Rechtsanspruch.

Nur Griechenland verhinderte eine neue gewaltige Wanderungsbewegung, als die Türkei im Februar 2020 ihre Grenze öffnete und Einwanderer auf den Weg in die EU schickte. Auch um unsere europäischen Partner zu unterstützen, forderte die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag die Staatsgrenze gegen unberechtigte Grenzübertritte zu sichern (Antrag: „Grenzen sichern“, Bundestagsdrucksache 19/17780). Doch wie zuvor verharrt die Bundesregierung in Tatenlosigkeit.

Zuwanderung führt zur Zunahme von Kriminalität

Die von der Bundesregierung im Jahr 2016 behauptete nicht durchführbare Grenzschießung war doch möglich. Als zur Bekämpfung der Corona-Pandemie der Grenzübertritt von und nach Österreich untersagt wurde, kam die Einwanderung nach Deutschland auf dem Landweg praktisch zum Erliegen. Hat die Regierung womöglich nur deshalb so spät mit der Grenzschießung zur Eindämmung der Epidemie reagiert, weil sie nicht öffentlich eingestehen wollte, dass Masseneinwanderung kein unabwendbares Schicksal darstellt, sondern nur auf dem Mangel an politischem Willen beruht?

Neben den ökonomischen müssen ebenso die sozialen Schäden der Masseneinwanderung ab 2014 genannt

werden, mit der auch die Zahl der Verbrechen stieg. Die Kriminalitätsrate von Migranten allgemein und Asylantragstellern im Besonderen liegt weit über dem Durchschnitt der einheimischen Bürger. So liegt der Anteil der Migranten an Straftaten gegen die persönliche Unversehrtheit und die persönliche Freiheit bei 75 Prozent, bezogen auf Diebstahlsdelikte bei 62 Prozent.

Dennoch werden selbst verurteilte Asylbewerber häufig nicht abgeschoben. In Deutschland lebten 2019 rund 240.000 Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus. Dem stehen lediglich 22.000 Abschiebungen gegenüber – siehe hierzu den Gesetzesentwurf der AfD-Bundestagsfraktion Bundestagsdrucksache 19/8857.

Eine neue Einbürgerungswelle am Horizont

Rund 100.000 Menschen werden jedes Jahr eingebürgert – eine Großstadt. Das entspricht übrigens in etwa der Anzahl der Abtreibungen in diesem Land. Ab 2023 wird es voraussichtlich noch deutlich mehr Eingebürgerte geben, die dann über das Schicksal unseres Gemeinwesens mitentscheiden. In drei Jahren rollt die Einbürgerungswelle derer, die 2015 – größtenteils illegal – ins Land gekommen sind, da eine Einbürgerung eine Mindestaufenthaltsdauer in Deutschland von acht Jahren voraussetzt.

Als AfD-Bundestagsfraktion haben wir Vorschläge für ein vernünftiges Ausländer- und Einbürgerungsrecht in den Bundestag eingebracht. Insbesondere der zur Normalität gewordene Doppelpass muss wieder der Vergangenheit angehören. Unser „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes“, Bundestagsdrucksache 19/86, korrigiert die entsprechenden Passagen des bestehenden Staatsangehörigkeitsrechts. Jeder, der die deutsche Staatsangehörigkeit beantragt, muss sich ernsthaft fragen und prüfen, ob er sich ganz zu diesem Land und seinen Menschen bekennen kann. Diese Frage sollten sich allerdings auch andere, namentlich im Deutschen Bundestag, stellen – und sie sollten sie beantworten.

afdbundestag.de/arbeitskreise/inneres/

Unser zu diesen Themen in den Deutschen Bundestag eingebrachter Antrag:

„Finanzielle Lasten der Migrationspolitik umfassend offenlegen“
Bundestagsdrucksache 19/16488; 14.01.2020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/164/1916488.pdf>



Kampf für Gerechtigkeit im Parlament

Gleiche Rechte für alle Abgeordneten – die Voraussetzung gerechter Politik im Deutschen Bundestag. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, für die anderen Fraktionen aber nicht in gleichem Maße. Über Arbeitsmangel braucht sich das Justizariat der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag daher nicht zu beklagen, gilt es doch für die Rechtsabteilung der Fraktion unter Leitung des Abgeordneten Stephan Brandner, im juristischen Disput für die parlamentarischen Rechte der Fraktion und ihrer Mitglieder einzustehen und sie durchzusetzen.

Ein besonders offensichtlicher Fall ungerechter Auslegung der Gesetze und der Geschäftsordnung des Bundestages ist die beständige Weigerung der anderen Fraktionen im Deutschen Bundestag, ein Mitglied unserer Fraktion als Stellvertreter des Bundestagspräsidenten in das Präsidium des Bundestages zu wählen. Dabei heißt es unmissverständlich in Paragraph 2 Absatz 1 Satz 2 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages: »Jede Fraktion des Deutschen Bundestages ist durch mindestens einen Vizepräsidenten [...] im Präsidium vertreten.« Und so hat es das Parlament auch zu Beginn der Legislaturperiode durch einstimmigen Beschluss (Bundestagsdrucksache 19/3) bekräftigt.

AfD-Fraktion wird Amt des Vizepräsidenten vorenthalten

Tatsächlich aber darf kein Abgeordneter der größten Oppositionsfraktion die Sitzungen des Bundestages stellvertretend leiten – und das seit nunmehr drei Jahren. Auf die Frage, warum das so ist, antworten die anderen Fraktionen mit dem vorgeschobenen Argument, jeder Vizepräsident müsse gewählt werden und niemand könne etwas dafür, wenn die sechs bislang von der AfD-Fraktion aufgestellten Kandidaten in insgesamt sechzehn Wahlgängen nicht die erforderliche Mehrheit erhalten hätten. Dass unserer Fraktion das Amt des Stellvertreters des Bundestagspräsidenten vorenthalten wird, ist keine Petitesse, da die durch den Bundestagspräsidenten und dessen Vizepräsidenten ausgeübte Sitzungsleitung des Parlaments erhebliche Bedeutung für das politische Geschehen hat. Die Sitzungsleitung bestimmt, wie im Plenum debattiert, gemäßregelt oder auch abgestimmt wird. Ein Schelm, wer Übles dabei denkt, dass die Wahlvorschläge der AfD-Fraktion keine Zustimmung im Bundestag fanden. Da gegen eine solche Ungleichbehandlung bisher kein par-



Plenarsaal des Deutschen Bundestages

Abgeordnete der größten Oppositionsfraktion dürfen keine Sitzungen des Bundestages stellvertretend leiten

lamentarisches Mittel half, bleibt der Fraktion nur der Weg zum Bundesverfassungsgericht. Eine entsprechende Klage, vorbereitet von ihrem Justizariat, hat die Fraktion am 4. November 2020 eingereicht. Dies ist nur ein Beispiel in einer – leider – langen Liste verfassungsrechtlicher Streitigkeiten, die die AfD-Fraktion im Bundestag führen musste und muss:

- Auch gegen die rechtswidrige Geldschöpfung der Europäischen Zentralbank (EZB) durch Anleihekaufprogramme geht die AfD-Fraktion vor: So klagt sie in einer sogenannten Organklage beim Bundesverfassungsgericht gegen die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag, da es beide Verfassungsorgane unterließen, das »Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP)« mit einem Umfang von 1,3 Billionen Euro wegen dessen EU-Vertrags- und Verfassungswidrigkeit abzuwehren.
- Schließlich betrifft ein weiterer Rechtsstreit die in der jüngeren deutschen Parlamentsgeschichte beispiellose Absetzung des Vorsitzenden eines Bundestagsausschusses, die ohne explizite Grundlage per Gesetz oder Geschäftsordnung des Bundestages erfolgte. So entzog die Mehrheit der Mitglieder des Bundestagsausschusses Recht und Verbraucherschutz Stephan Brandner, Abgeordneter der AfD-Fraktion und deren Justiziar, den Vorsitz im Ausschuss.

Sämtliche Hauptsacheentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts stehen noch aus.

Allerdings kann auch eine Fraktion das Bundesverfassungsgericht nur dann anrufen, wenn sie sich in ihren eigenen Rechten verletzt sieht. In den bislang erwähnten Verfahren ist das jeweils der Fall. Gesetze des Parlaments aber, die dem Bürger unter Umgehung der parlamentarischen Rechte der Opposition auferlegt und formal korrekt mit der schlichten Stimmenmehrheit der sogenannten Großen Koalition verabschiedet werden, können aus dem Bundestag heraus nur von einem Viertel der Abgeordneten einer verfassungsrechtlichen Überprüfung im Rahmen eines Abstrakten Nor-

menkontrollverfahrens beim Bundesverfassungsgericht (Artikel 93 Absatz 1 Nr. 2 Grundgesetz) zugeführt werden.

Trotz der Heerscharen an Juristen in den Ministerien und den Fraktionen der Regierungskoalition stoßen viele von der Parlamentsmehrheit verabschiedete Gesetze auf verfassungsrechtliche Bedenken. Ein Beispiel hierfür ist der Zweite Nachtragshaushalt 2020, mit dem sich die Bundesregierung weit über die verfassungsrechtliche Schuldenbremse hinaus finanzielle Mittel verschafft. Ein anderes Beispiel sind die bereits im März 2020 in das Infektionsschutzgesetz (IfSG) aufgenommenen Verordnungsermächtigungen des Bundesgesundheitsministeriums zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Gegen beide Gesetze werden von zahlreichen Rechtsexperten begründete Zweifel an der Vereinbarkeit dieser Gesetze mit unserer Verfassung geäußert.

Mit Beharrlichkeit und besseren Argumenten

Die AfD-Fraktion hat deshalb gegen beide Gesetze Normenkontrollklageschriften ausformuliert. Alle anderen Abgeordneten des Bundestages sind eingeladen, sich zu beteiligen und eine rechtsstaatliche Überprüfung herbeizuführen. Wenn es wie in diesem Fall ernst wird, dann ist von den anderen Fraktionen in der Opposition allerdings wenig zu hören; bisher lehnen deren Abgeordnete eine Mitzeichnung ab. Dabei gehört die »juristische Oppositionsarbeit« zu den wichtigsten parlamentarischen Aufgaben. Sie hilft nicht nur Juristen, sondern allen Bürgern, in dem sie detailliert aufzeigt, wo die Dinge in unserem Rechtsstaat im Argen liegen.

Seien es unsere parlamentarische Arbeit in den Ausschüssen und im Plenum oder der Streit der Fraktion für gleiche Rechte für alle Abgeordneten im Bundestag – mit den Möglichkeiten, auf die uns das Grundgesetz und die Geschäftsordnung des Bundestages weisen, setzt sich das Justizariat der AfD-Bundestagsfraktion juristisch für die Bewahrung und Durchsetzung des Rechts ein. Steter Tropfen höhlt den Stein – mit Beharrlichkeit und den besseren Argumenten verschafft sich die AfD-Fraktion vor Gericht und in der Öffentlichkeit, Gehör.



Die Keimzelle des Sozialen verteidigen

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag kämpft für die Wertschätzung der Familie und demaskiert die Doppelmoral der Altparteien.

Das Bekenntnis zur traditionellen Familie und ihr Schutz ist Grundlage für die Arbeit der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Diese programmatische Forderung wird vom Arbeitskreis Familie, Senioren, Frauen und Jugend beständig parlamentarisch vorangetrieben. Familienförderung und Bevölkerungsentwicklung, Willkommenskultur für Kinder, Stärkung von Ehe und Familie, Schutz des ungeborenen Lebens, konsequente Positionierung gegen die Gender-Ideologie – das sind die wichtigsten Themenbereiche des Arbeitskreises, zu denen wir parlamentarische Initiativen und Anfragen in den Bundestag einbringen.

Gerade die Bevölkerungspolitik ist in ihrer künftigen Relevanz nicht zu unterschätzen: Spätestens seit Thilo Sarrazins Bestseller „Deutschland schafft sich ab“ wissen wir, dass sich die zukünftige Struktur unserer Gesellschaft nicht nur in der Migrationspolitik entscheidet, sondern vor allem in der Demografie. Ein Politikfeld, das zwar wenig schlagzeilenträchtig,

aber gerade durch seine eher subtilen Entwicklungen umso brisanter ist. Basierend auf einer gründlichen Analyse der demografischen Datenlage erarbeiten wir politische Positionen, um die Öffentlichkeit und die verantwortlichen Politiker auf die tatsächlichen Gegebenheiten der Bevölkerungsentwicklung hinzuweisen und um ihrer Verharmlosung als „demografischen Wandel“ entgegenzuwirken.

Eine wichtige Wegmarke dabei ist der AfD-Antrag „Babys willkommen heißen, Familie leben – Bundesweiter Aktionsplan für Familie, Ehe und Kinder“ (Bundestagsdrucksache 19/10632), der einen ganzheitlichen Ansatz verfolgt: Wir fordern darin den Bundestag und die Bundesregierung auf, die Diskriminierung von insbesondere kinderreichen Familien zu beenden, endlich ein Programm „Familie leben!“ aufzulegen, in dem Familien durch Ehrenamtler unterstützt werden, und eine Familienkarte für Vergünstigungen bei Kultur, Mobilität und vieles mehr einzuführen. Auch setzen wir uns im Bundestag und seinen Ausschüssen für eine dauer-

hafte Senkung der Mehrwertsteuer auf sieben Prozent für Kinderartikel und familiennahe Dienstleistungen ein.

Unter dem pseudohumanitären Vorwand, „Kinderrechte“ zu stärken, will der Staat seinen Zugriff auf die Familie weiter ausbauen. Diese staatlichen Gängelung lehnen wir vehement ab. Eine von unserem Arbeitskreis Familie maßgeblich mitgetragene Petition gegen die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz, die eben jenen staatlichen Zugriff verfassungsrechtlich absichern soll, erwies sich als erster Erfolg: Bereits drei Tage vor Ablauf der Frist zur Beteiligung an der Petition erreichte diese das Quorum von über 50.000 Mitzeichnern.

Doppelmoral der Altparteien enttarnen

Auch die Masseneinwanderung nach Deutschland führt zu – nicht erst seit 2015 – Problemen, mit denen sich die Familienpolitiker der AfD-Fraktion befassen: Konkret gelebte Humanität heißt hier an erster Stelle die Bekämpfung der Kinderehe als importierte Form des Kindesmissbrauchs. Zugleich setzt wir uns für die Bekämpfung der Beschneidung von Mädchen ein und stehen damit für eine echte Frauenpolitik, während die Altparteien und ihre Fraktionen im Deutschen Bundestag darunter ideologische Gender-Projekte verstehen. Eben jenen Genderwahn abzuwehren, verstehen wir als eine weitere Aufgabe unseres Arbeitskreises.

Unseren Senioren, die ihre Leistungen für unser Vaterland bereits erbracht haben, sind wir zu Dank verpflichtet. Um

unsere älteren Mitbürger wieder besser in unser Gemeinwesen einzubinden, wollen wir die Förderung von Mehrgenerationenhäusern ausbauen. Senioren leisten einen enormen Beitrag für unsere Gesellschaft, sind sie doch die größte Gruppe unter den Ehrenamtlichen. Im Sinne einer Anerkennung dieser Leistung der Ehrenamtlichen streben wir unter anderem die Einführung einer bundesweit gültigen Ehrenamtskarte an (Bundestagsdrucksache 19/14346).

Mit einem politischen Etikettenschwindel, manche nennen es auch eine bewusste Verschleierung der Tatsachen, kommt der Haushaltsposten „Demokratie leben!“ daher: Mit diesem Programm fördert das Bundesfamilienministerium deutschlandweit unter anderem auch linksextreme Aktivitäten der Antifa. Der Arbeitskreis setzt alles daran, über diese Fehlentwicklungen aufzuklären. Nicht nur im Familienausschuss, auch im Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ legen die Familienpolitiker unserer Fraktion immer wieder mit kritischen Fragen den Finger in die Wunde und enttarnen die Doppelmoral der Altparteien, der zufolge „Zivilgesellschaft“ und „Demokratie“ immer nur da zu finden sind, wo es gegen angebliche rechte Strömungen und Positionen geht.

Als größte Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag folgen wir im Interesse Deutschlands dem Auftrag unserer Wähler und lassen nicht nach, immer wieder mit allen parlamentarischen Mitteln auf die verfehlte Familienpolitik der Bundesregierung hinzuweisen und mit konkreten Vorschlägen Alternativen hierzu aufzuzeigen.

afdbundestag.de/arbeitskreise/familie/

Familienpolitische Leitlinien der AfD-Bundestagfraktion



Jenseits ausgetretener öffentlich-rechtlicher Pfade

Auf der zweiten Konferenz der Freien Medien präsentierte sich im Bundestag eine bunte, vielfältige Szene unabhängiger Journalisten und Blogger.

Gelebte Demokratie setzt mündige Bürger voraus, die sich über Sachverhalte umfassend informieren können. Der Anspruch der öffentlichen Medien, als „Vierte Gewalt“ durch ihre Tätigkeit den konstruktiv-kontroversen Austausch der Meinungen zu ermöglichen und dadurch den freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat zu schützen, leitet sich hieraus ab. Doch was ist, wenn der Bürger nicht informiert, sondern belehrt wird? Wenn die Haltung wichtiger ist als die Information? Wenn Redaktionen zwar Vielfalt propagieren, andere Meinungen aber nicht zu Wort kommen lassen und stattdessen einen öffentlichen Konsens vorgaukeln, dem sich der Einzelne nur schwer entziehen kann?

Diesen und ähnlichen Fragen gingen Anfang Oktober freie Autoren, Blogger, Youtuber und weitere unabhängige Medienakteure gemeinsam mit Mitgliedern der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag nach. Initiiert wurde die Konferenz der Freien Medien, die bereits zum zweiten Mal stattfand, von den Abgeordneten Petr Bystron, Udo Hemmelgarn, Nicole Höchst, Martin Renner und Uwe Schulz. Trotz verschärfter Hygienebestimmungen folgten über 120 Medienleute der Einladung der AfD-Bundestagsfraktion, um sich mit den Abgeordneten unserer Fraktion über die eingangs erwähnten Fragen und die Gegebenheiten freier Medienarbeit auszutauschen.

Begleitet wurde die Veranstaltung von mehreren Vorträgen, die sich einzelnen Aspekten des Themas widmeten. So er-

läuterte der Medienwissenschaftler Norbert Bolz, der nebenbei eine kurzweilige Einführung in sein Fach gab, den derzeitigen Umbruch in der Presselandschaft. Der Autor und PR-Berater Thor Kunkel beschrieb die Techniken des „Framing“, bei dem an sich unstrittige Fakten in einen bestimmten Sinnzusammenhang eingebettet werden, der nur eine Wertung dieser Fakten zulässt.

Fakten sammeln und kritische Fragen stellen

Der Journalist Alexander Wendt betrachtete die konkrete Arbeit unabhängiger Medien und berichtete über den Aufbau seines Nachrichtenformats „Publico“, das sich inzwischen als tragfähige Marke behauptet. Die Bloggerinnen Naomi Seibt und Samira Kley stellten ihre zeitkritischen Beiträge im Netz vor und skizzierten, wie sie sich selbst die Tugenden des klassischen Journalismus aneigneten: kritisch hinterfragen, Fakten sammeln, diese überprüfen und andere mit dem Ergebnis konfrontieren.

Sie möchten mehr über unabhängige Medienarbeit und unsere zweite Konferenz der Freien Medien erfahren? Diese und weitere Beiträge können Sie auf dem Youtube-Kanal der AfD-Bundestagsfraktion abrufen.



Freie Medienkonferenz

Autoren, Journalisten und Blogger berichten im Deutschen Bundestag

„Corona“ muss ein parlamentarisches Nachspiel haben

Die schweren Folgen der Covid-19-Pandemie in Deutschland wären vermeidbar gewesen. Die AfD-Fraktion verlangt einen Untersuchungsausschuss, der das Handeln der Bundesregierung prüft.

Noch immer herrscht in Deutschland Ausnahmezustand. Während die einschneidenden Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie weiter unser gesellschaftliches Leben im Griff halten, spüren immer mehr Bürger deren fatale Auswirkungen auf das Wohl unseres Landes. Das hätte nicht sein müssen. Als Anfang des Jahres die Welt durch das neu entdeckte Coronavirus SARS-CoV-2 überrascht wurde, erarbeiteten die gesundheitspolitischen Experten der AfD-Bundestagsfraktion Konzepte zum Umgang mit dem Krankheitserreger.

Begegnete die Bundesregierung der Pandemie damals noch mit Tatenlosigkeit, brachte die AfD-Bundestagsfraktion bereits im Februar einen Antrag zur „Bekämpfung der Seuchenausbreitung im Flugreiseverkehr“ (Bundestagsdrucksache 19/17128) ins Parlament ein. Zu diesem Zeitpunkt war die Bundesregierung mit anderen Themen beschäftigt und die meisten Medien betrachteten „Corona“ noch überwiegend als ein nur für China existierendes Problem. Dies änderte sich schlagartig, als der Ausbruch von Covid-19 in Norditalien bekannt wurde.

Was folgte waren apokalyptische Bilder aus der lombardischen Region, die Massenmedien in Deutschland

sendeten. Die Stimmung in Politik und Presse - aber auch bei tonangebenden Teilen der Wissenschaft - schlug in Panik um. Daraufhin wurden auf maßgebliche Initiative der Bundesregierung hin historisch einmalige Eindämmungsmaßnahmen beschlossen, die bis heute das soziale und wirtschaftliche Leben sowie die Grundrechte in Deutschland drastisch einschränken und in unserem Land zu einer Wirtschaftskrise führen.

Tiefe Eingriffe in Grundrechte ohne ausreichende Datengrundlage

Trotz aller Bemühungen engagierter Bürger und mutiger Unternehmer wird unserem Land durch die von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen nachhaltiger politischer, wirtschaftlicher, finanzieller und sozialer Schaden zugefügt. Dabei gab es bei der Verabschiedung der entsprechenden Gesetze und dem Erlass zahlreicher Verordnungen keine ausreichende Datengrundlage für diese tiefen Einschnitte in die Wirtschaft, in das Sozialleben und in die Grundrechte. Die Regierung ist bestimmten wissenschaftlichen Annahmen gefolgt, ohne davon abweichende Meinungen genügend zu würdigen. Kritische und zur Mäßigung aufrufende Experten gab es genug. Die Bundesregierung unter der Leitung von Kanzlerin Merkel agierte nicht abwägend,

Unser zu diesen Themen in den Deutschen Bundestag eingebrachter Antrag:

„Bekämpfung der Seuchenausbreitung in Deutschland“
Bundestagsdrucksache 19/17128; 12.02.2020
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/171/1917128.pdf>



sondern überstürzt und sprunghaft. Von einem wirkungsvollen Krisenmanagement konnte keine Rede sein. Hier zeigte sich – wie in der Eurokrise von 2008 und der Flüchtlingskrise von 2015 – die gleiche Unfähigkeit, die Lage sachlich und umfassend zu analysieren, um dann energisch und erfolgreich Gefahren für unser Land abzuwehren.

Angemessene Handlungsoptionen lagen zu Beginn der Covid-19-Pandemie durchaus nahe: Zunächst wäre es notwendig gewesen, politische Entscheidungen nur auf der Grundlage einer belastbaren wissenschaftlichen Datengrundlage zu treffen. Die AfD-Bundestagsfraktion forderte die Bundesregierung auf, eine unabhängige Expertenkommission zur Beratung der Regierung einzuberufen, da schon Mitte März von namhaften Wissenschaftlern öffentlich vor einem Fiasco durch unverhältnismäßig drakonische Gegenmaßnahmen bei der Bekämpfung von Covid-19 gewarnt wurde. Bereits damals äußerten viele Experten die Befürchtung, dass die Maßnahmen der Bundesregierung der Bevölkerung mehr schaden als nutzen könnten. Dazu gehört auch eine Analyse aus dem Referat KM 4 (Schutz kritischer Infrastrukturen) im Bundesministerium des Innern. Warum diese warnenden Stimmen aus der Wissenschaft seinerzeit bei den Entscheidungen der verantwortlichen Politiker nicht angemessen berücksichtigt wurden, ist sachlich nach wie vor nicht nachvollziehbar.

Die AfD-Bundestagsfraktion hat die von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen frühzeitig kritisiert, da sie wissenschaftlich nicht ausreichend fundiert, überzogen und unverhältnismäßig waren. Um zu verhindern, dass das soziale und wirtschaftliche Leben in Deutschland zum Erliegen kommt, hat unsere Bundestagsfraktion die Abgeordneten der anderen Fraktionen

im Bundestag in einem Antrag aufgefordert, umsichtige Maßnahmen zu beschließen (Bundestagsdrucksache 19/18738), die allgemeinen Kontaktsperren unverzüglich aufzuheben und gezielte Schutzmaßnahmen für besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen zu ergreifen, anstatt ein Kontaktverbot für alle Bürger zu verhängen.

Kollateralschäden des „Lockdowns“ sind verheerend

Heute zeigt sich immer deutlicher, dass die Kollateralschäden des bisherigen „Lockdowns“ verheerend sind: Die wirtschaftliche Lage ist weiterhin schlecht, eine Besserung nicht in Sicht, immer mehr Arbeitnehmer sind von Arbeitslosigkeit bedroht, viele Unternehmen sind insolvent oder stehen kurz davor; das Kurzarbeitergeld soll aufgrund der desolaten Lage vieler Betriebe verlängert werden. Doch die Bundesregierung hält stur an ihrem Kurs fest. Bestimmte einschneidende Einschränkungen sind weiterhin in Kraft, obwohl ihre Wirksamkeit bis heute nicht nachgewiesen wurde. Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hat daher beantragt, die Feststellung einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite aufzuheben (Bundestagsdrucksache 19/18999).

Die Gründe für das Verhalten der Bundesregierung und der Regierungen anderer Staaten, ihre Entscheidungsgrundlagen und Motivationen müssen untersucht werden. Die AfD-Bundestagsfraktion hat daher einen Antrag auf die Einsetzung eines Corona-Untersuchungsausschusses in den Bundestag eingebracht, der auch die Frage an die Bundesregierung richtet, warum unser Land so schlecht auf eine Pandemie dieser Art vorbereitet war.

afdbundestag.de/arbeitskreise/gesundheit/

Das Leid in Syrien endlich beenden

Mit mehreren Initiativen setzt die AfD-Bundestagsfraktion auf eine neue Syrienpolitik.

Vor neun Jahren begann der syrische Bürgerkrieg. Schätzungsweise 400.000 Menschen wurden bislang getötet, 13 Millionen Syrer mussten fliehen. Zwar scheint endlich ein Ende dieses schrecklichen Konflikts in Sicht, doch wird das menschliche Leid durch eine völlig verfehlte Politik der Europäischen Union unnötig verlängert. Das bereits durch den Bürgerkrieg kurz vor dem Kollaps stehende syrische Gesundheitssystem wird durch die Corona-Pandemie zusätzlich belastet.

Sanktionen der Europäischen Union schaden der Zivilbevölkerung

Während sich die Syrienpolitik der anderen Fraktionen bislang auf moralische Empörung und die Ablehnung der Assad-Regierung beschränkt, steht die AfD-Fraktion als einzige politische Kraft im Bundestag für eine realpolitische Sicht. Wir verfolgen eine interessengeleitete Außenpolitik ohne erhobenen Zeigefinger, denn wer im Syrienkonflikt mit Kategorien von „Gut“ und „Böse“ agiert, wird ihn nicht beenden können. Jeder der dortigen Akteure hat Blut an seinen Händen, sowohl die syrische Regierung als auch die Opponenten im Bürgerkrieg.

Mit Moral lässt sich der Konflikt demnach nicht lösen. Es hat sich vielmehr gezeigt, dass der Kampf gegen islamis-

tische Terroristen nur militärisch beendet werden kann. Nach dem Sieg über den Islamischen Staat ist nur noch die Provinz Idlib unter der Kontrolle von Al-Qaida-nahen Kämpfern. Diese Tatsache legt nahe: Der syrische Präsident Baschar al-Assad hat den Bürgerkrieg gewonnen und kontrolliert das Land nun wieder fast vollständig. Dieses Faktum nicht zur Kenntnis zu nehmen, ist wirklichkeitsfremd.

Für die deutsche Außenpolitik ist die Assad-Regierung also erster Ansprechpartner in Syrien. Dies gilt im Übrigen sowohl faktisch als auch völkerrechtlich. Wir haben die Bundesregierung in einem entsprechenden Antrag bereits aufgefordert, die diplomatischen Beziehungen mit der syrischen Regierung zu normalisieren (Bundestagsdrucksache 19/15067). Bislang lehnt die Bundesregierung dies ab und erkennt nur die aus einflusslosen Exil-Politikern bestehende „Syrische Nationalkoalition“ als einzige legitime Vertretung Syriens an.

Die Doppelmoral der Bundesregierung im Hinblick auf Syrien wird durch ihre Unterstützung der EU-Sanktionen deutlich. Einerseits wird auf das Leid der syrischen Flüchtlinge aufmerksam gemacht, während andererseits massive Sanktionen befürwortet werden. Von diesen sind neben privaten Unternehmen auch karitative Organisationen der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Krankenhäuser betrof-



fen, die durch Importverbote, Finanzbeschränkungen und andere Restriktionen in ihrer Arbeit stark eingeschränkt werden.

So sind beispielsweise wichtige Güter wie Medikamente oder Lebensmittel fast nur noch auf dem Schwarzmarkt erhältlich, was insbesondere für Ärzte in den letzten Jahren eine große Herausforderung darstellte. In Zeiten der Corona-Pandemie ist der völlige Zusammenbruch des syrischen Gesundheitssystems nur noch eine Frage der Zeit. Durch die Weigerung der EU, medizinische Güter von ihren Sanktionen auszunehmen, droht eine weitere humanitäre Katastrophe in Syrien.

Zusammenbruch der Geschäfts- und Wirtschaftsbeziehungen

Ein Ende der prekären Lage der Bevölkerung ist nicht absehbar, weil ein massiver Währungsverfall – verschärft durch die EU-Finanzsanktionen – zu einem nahezu kompletten Zusammenbruch privater Geschäfts- und Wirtschaftsbeziehungen führte. Obwohl die restriktiven Maßnahmen der EU offiziell gegen die syrischen Eliten gerichtet sind, kämpft hauptsächlich die notleidende Bevölkerung mit den Folgen dieser Sanktionspolitik. Das Ziel der EU, die Assad-Regierung zu schwächen oder gar zu stürzen, wurde hingegen eindeutig verfehlt.

Wir lehnen die EU-Sanktionen in Syrien grundsätzlich ab. Sie bedeuten eine Destabilisierung des Landes und erschweren den Wiederaufbau und die Heimkehr von Millionen Flüchtlingen. Spätestens seit Beginn der Corona-Kri-

se ist eine Wende in der deutschen und europäischen Syrienpolitik nötig. Syrien muss dringend gestattet werden, benötigte Medikamente, Rettungsfahrzeuge und anderes medizinisches Gerät zu importieren. Allein aus humanitären Gründen sehen wir daher die Bundesregierung in der Pflicht, umgehend eine Beendigung der Sanktionen herbeizuführen. Dies haben wir in drei Anträgen entsprechend gefordert (Bundestagsdrucksachen 19/15066, 19/15065 und 19/20070).

Die Syrienpolitik der Altparteien und der anderen Fraktionen im Deutschen Bundestag ist vollständig gescheitert. Im Namen der Humanität halten sie starrsinnig an einer gescheiterten Sanktionspolitik fest, die nachweislich das humanitäre Elend in Syrien weiter verstärkt. Es fällt schwer in dieser Haltung etwas anderes als Scheinheiligkeit und Doppelmoral zu erkennen. Im Gegensatz zur Bundesregierung lassen wir die notleidende Bevölkerung in Syrien nicht im Stich. Die AfD-Bundestagsfraktion fordert angesichts des Leids in Syrien eine umfassende Neuausrichtung der deutschen Syrienpolitik.

afdbundestag.de/arbeitskreise/auswaertiges/



Ein Europa in Freiheit

EU-Kritiker diskutierten über die Zukunft des Kontinents und der Union.



Anlässlich der EU-Präsidentschaft, die Deutschland am 1. Juli 2020 für ein halbes Jahr übernommen hat, veranstaltete der Arbeitskreis Angelegenheiten der Europäischen Union der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag unter dem Titel: „Europa in Freiheit oder Warum will die EU immer mehr Macht?“ einen Vortragsabend mit anschließender Podiumsdiskussion.

Es sprachen der ehemalige Staatspräsident Tschechiens, Václav Klaus, der Althistoriker David Engels sowie der Wirtschaftswissenschaftler und AfD-Bundessprecher Jörg Meuthen. Geleitet wurde die Veranstaltung von dem Sprecher des Arbeitskreises Angelegenheiten der Europäischen Union der AfD-Bundestagsfraktion Harald Weyel und dessen Stellvertreter Norbert Kleinwächter, der auch die Podiumsdiskussion moderierte.

Das Recht des Souveräns über den eigenen Haushalt

Europa und die EU stehen am Scheideweg. Bereits der Vertrag von Lissabon 2007 hat den Mitgliedsstaaten wenig Mitspracherechte eingeräumt. Jetzt schickt sich die neue EU-Kommission an, die letzten verbliebenen Reste des Einstimmigkeitsprinzips bei Haushalt und Außenpolitik durch eine „qualifizierte Mehrheit“ zu ersetzen.

Faktisch wird den Ländern das vorrangige Recht des Souveräns entzogen, über den eigenen Haushalt zu bestimmen. Was das heißt, wird dieser Tage deutlich: gut 750 Milliarden Euro Steuergelder sollen in einen sogenannten Wiederaufbaufonds eingebracht werden. Hinzu kommen weitere 1.074 Milliarden Euro des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) und zusätzlich 1.350 Milliarden Euro der Europäische Zentralbank im Zuge des neuen Ankaufprogramms PEPP (Pandemic Emergency Purchase Programme).

„Die spezielle Brautwerbung zwischen Deutschland und Frankreich über die südeuropäischen Schulden war vor ein paar Monaten für manche Europäer verdächtig“, betonte Václav Klaus. „Der neue Plan von Ursula von der Leyen über die europäischen gemeinsamen Schulden, der so genannte Next-Generation-EU-Plan, auf Deutsch Aufbauplan, ist eine klare Gefährdung der Existenz der Nationalstaaten in Europa.“

Besonders betroffen ist Deutschland, wie Jörg Meuthen in seinem Beitrag hervorhob: „Der steuerzahlende Teil der Deutschen muss gewissermaßen einen Zweifrontenkrieg führen und sich jener Hände erwehren, die ihm aus Berlin und Brüssel gleichzeitig in die Taschen greifen wollen.“ Dabei müssten die Deutschen eher Empfänger

als Geber sein, betonte Meuthen. Zu diesem Schluss komme man, „wenn man Steuerlast, Pro-Kopf-Vermögen und Renteneintrittsalter im Vergleich zu anderen EU-Ländern betrachtet.“

Mit den Beschlüssen des EU-Gipfels vom Juli 2020 wurde die Schulden-Union festgeschrieben. Besonders Deutschland werde diese Last tragen müssen. Um den steten Geldfluss aufrecht zu erhalten, „versuchen die Eurokraten, den zur Freigiebigkeit Verdonnerten einzureden, dass sie davon profitieren, für anderer Leute Schulden aufzukommen“, führte Jörg Meuthen weiter aus. „Dafür zuständig ist speziell jene politisch-mediale Kaste, die regelmäßig Sirenengesänge anstimmt, dass die EU ‚weiter vertieft‘ werden müsse.“

Wider den Sirenengesängen aus Brüssel

Am Ende sollen, so Meuthen, „schließlich die Vereinigten Staaten von Europa“ aufgestellt werden. Nach MFR und PEPP wird schon von der EU-Kommission der nächste und endgültige Coup vorbereitet: Hinter dem Stichwort einer „Zukunftskonferenz“ verbirgt sich nichts anderes als die Umgestaltung der EU-Verträge. Nichts weniger hat die Kanzlerin auch in

ihrer Regierungserklärung zur Übernahme der Ratspräsidentschaft Deutschlands im Bundestag gesagt. Das aber ist nichts anderes als die vollständige Aufgabe der nationalen Souveränität in allen Bereichen.

In den Vorträgen und der anschließenden Diskussion ging es auch um die Frage, ob es gelingen wird, die Vielfalt Europas, die Unterschiedlichkeit der Länder, die verschiedenen Lebensweisen ihrer Bürger und die jeweiligen Traditionen zu bewahren, oder ob die EU dieses vielfältige Erbe nach und nach erstickt und unkenntlich macht. Einen eindringlichen Appell richtete David Engels an die Zuhörer:

„Es ist unsere sittliche Pflicht als Abendländer, gegen alle Widerstände – und selbst, sollten wir des völligen Scheiterns gewiss sein – unsere Zivilisation zu verteidigen und weiterzugeben; alles andere wäre Verrat an unserer Mission“, sagte Engels. Ein solcher Kampf „um den Erhalt unserer eigentlichen kulturellen Identität auch jenseits seiner eigentlichen Erfolgschancen“ sei schlechthin „alternativlos“.

Hier seien wir, so David Engels, alle gefordert, „nicht nur das abstrakte Verständnis unserer Position, sondern auch die konkrete Liebe zu unserem Erbe anzufachen.“

afdbundestag.de/arbeitskreise/europa/

Veranstaltung Europa in Freiheit der AfD-Bundestagfraktion



Luftfahrt unter Quarantäne

Der Flugverkehr liegt buchstäblich am Boden. Für einige ist die Covid19-Pandemie willkommener Anlass, aus ideologischen Gründen die Luftfahrtindustrie abzuwickeln.

Kaum eine andere Branche ist von den Auswirkungen der Covid19-Pandemie so hart getroffen worden wie die Luftfahrt. Deutschen Flughäfen sind in der Corona-Krise rund 95 Prozent der Umsätze weggebrochen, der Passagierverkehr ging sogar um fast 98 Prozent zurück. Trotz des allmählich wieder anwachsenden Flugverkehrs ist die Krise längst nicht ausgestanden. Im Gegenteil – sie wird von einigen politischen Akteuren genutzt, um der Luftverkehrsinfrastruktur zu schaden. Das Missmanagement durch Bundes- und Landesregierungen setzt sich hier fort.

Ein wesentlicher Unterscheidungsfaktor zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern sind funktionierende Flughäfen, sicheres Fluggerät und eine zuverlässige Flugsicherung. Doch in Deutschland gibt es eine gewichtige politische Strömung, die den innerdeutschen Flugverkehr stark reduzieren möchte. Die Flughafeninfrastruktur ist aber

von zentraler Bedeutung für stabile Logistik- und Versorgungsketten sowie für die Anbindung an touristische Knotenpunkte.

Der Wirtschaftsbereich Flugverkehr umfasst rund 180.000 direkt an ihn gebundene Arbeitsplätze, davon alleine 40.000 bei den Flughafengesellschaften. Hinzu kommen hunderttausende indirekte Arbeitsplätze, die ebenfalls betroffen wären; häufig hochspezialisierte Fachkräfte, deren berufliche Existenz nun massiv gefährdet ist. Airbus will allein in Deutschland 5.100 Arbeitsplätze streichen. Bei der Lufthansa waren zur Hochzeit der Corona-Krise 700 der 763 Maschinen geparkt und 31.000 Mitarbeiter in Kurzarbeit.

Diese katastrophalen Zahlen belegen: Die Aufhebung der Reisebeschränkungen ist unverzichtbar für eine Wiederaufnahme des Luftverkehrs, zumal sie durch weniger drasti-



SCAN

Antrag
Luftverkehrsinfrastruktur durch
Flughafenkonzept
für Deutschland
sichern

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/206/1920690.pdf>

sche Maßnahmen ersetzt werden könnten. Aber ein Ende der Einschränkungen ist nicht in Sicht, die Luftfahrtbranche wird weiter stagnieren. Daran ändert auch der langsame Anstieg abgefertigter Flüge nichts. Eine Forderung der AfD-Bundestagsfraktion muss deshalb gerade jetzt umgesetzt werden: Keine zusätzliche Belastung der Luftverkehrswirtschaft.

Dazu gehört die Abschaffung der Luftverkehrssteuer. Sie schwächt die deutsche Luftfahrt noch zusätzlich. Eine weitere Unterstützung der Luftfahrtunternehmen ist ein Aufschub von Luftrechtsänderungen, die für die Unternehmen einen erheblichen, zusätzlichen Aufwand bedeuten. Zu bedenken ist auch, dass die kleinen und mittleren Zuliefererunternehmen kaum in der Lage sind, Auftragsstornierungen und Umsatzausfälle zu überbrücken. Gerade sie brauchen in der Krise Unterstützung.

Bundesregierung hat viel zu spät und zögerlich reagiert

Mit einer parlamentarischen Initiative will die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag die Luftverkehrsinfrastruktur deutscher Flughäfen durch ein republikweites Flughafenkonzept sichern. Es berücksichtigt die Bedeutung der Mobilität von Menschen und Gütern zur Anbindung Deutschlands an den europäischen und weltweiten Luftverkehr (Bundestagsdrucksache 19/20690). Das ist heute nötiger denn je, da die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit deutscher Flughäfen gefährdet ist.

Wir wollen damit die Bundesregierung ermuntern, endlich aktiv zu werden. Deutschland brauchte ein halbes Jahr, um in seinen zehn großen Flughäfen Corona-Testzentren einzurichten. Der Flughafenverband ADV betrachtet die geplanten Corona-Test für Reisende aus Risikogebieten als eine Möglichkeit, den weltweiten Luftverkehr wiederzubeleben. Insbesondere für Geschäftsreisende und für die Wirtschaft ist eine deutliche Reaktivierung des interkontinentalen Verkehrs dringend notwendig.

Die Bundesregierung hat hier viel zu spät und zu zögerlich reagiert und stattdessen die Axt an unseren Wohlstand gelegt. Es steht der nicht unberechtigte Verdacht im Raum, dass die Corona-Krise gezielt genutzt wird, um aus ideologischen Gründen die Flughafeninfrastruktur in Deutschland deutlich zu reduzieren. Bezeichnend hierfür ist der Umgang mit dem Flughafen Tegel (TXL) in Berlin. Die Krise wollte der Rot-Grün-Rote Senat nutzen, den Flughafen für immer zu schließen, um ganz auf den Flughafen Berlin-Brandenburg (BER) zu setzen.



Abgestellte Flugzeuge
Berufliche Existenz massiv gefährdet

Doch die Betriebstauglichkeit des berüchtigten Pannenflughafens BER ist keineswegs sicher. Und längerfristig wäre dieser ohnehin zu klein. Entweder benötigt der BER eine dritte Start- beziehungsweise Landebahn oder es müsste ein weiterer Flughafen gebaut werden. Es wäre also nachhaltig gewesen, den Flughafenstandort Tegel betriebsbereit zu halten, um auf die steigende Nachfrage in den kommenden zehn bis zwanzig Jahren reagieren zu können.

Der Flugverkehr soll – so die Befürworter von Restriktionen und Gängelungen – reduziert und staatlich weiter reglementiert werden. Das Manöver fügt sich in die entlarvende Forderung einiger Grünen ein, Flüge nach Mallorca zwangsweise durch das Fahrrad zu ersetzen. Erziehung des Bürgers durch künstliche Verknappung, Fliegen künftig als ausschließliches Privileg der Oberschicht. Was uns heute als Realsatire erscheint, ist aber eine Widerspiegelung eines Weltbilds, das Deutschland auf das Niveau eines Schwellenlandes zurückführen will.

afdbundestag.de/arbeitskreise/verkehr-digitale-infrastruktur/

Kahlschlag im Schatten der Krise

Das Kulturleben ist durch die Lockdown-Maßnahmen stark eingeschränkt. Befürworter einer „Cancel Culture“ versuchen nun, gewachsene Strukturen abzuräumen.



Maske und Geige
Veranstaltungsbetrieb wieder hochfahren

Deutschlands kulturelles Erbe, ohnehin stiefmütterlich behandelt, ist durch den politisch verordneten Lockdown infolge der Corona-Pandemie existentiell bedroht. In dieser gefährlichen Zeit trommelt die politische Korrektheit aggressiver denn je zu einem Bildersturm. Erste Rufe nach einem „Gesundschumpfen“ der deutschen Kulturszene sind bereits zu hören. Was übrig bleibt, soll sich einer hochnotpeinlichen Untersuchung durch eine „Rassismus“-Inquisition unterziehen.

Die kulturmarxistischen Forderungen sind nicht neu, sie könnten aber vor dem Hintergrund der finanziellen Haushaltsbelastungen zu einer realen Bedrohung der Kultur werden. Der Arbeitskreis für Kultur und Medien der AfD-Bundestagsfraktion fordert daher eine vollständig eigenverantwortliche und sofortige Wiederaufnahme des Veranstaltungsbetriebs im Kultur- und Kreativbereich. Unsere über Jahrhunderte gewachsene Kultur muss erhalten werden. „Schützen wir sie vor Corona und linken Ideologen“, forderte der kulturpolitische Sprecher der AfD-Fraktion Marc Jongen.

Statt einer Kulturauffassung, die die vielfältigen, gewachsenen Traditionen in ein lebendiges Wechselverhältnis setzt, verfolgen jene Ideologen eine „Soziokultur“, die sich anmaßt, die Geschichte nach einer gegenwärtigen linken Norm zu beurteilen. Was das konkret heißt, zeigt der Umgang mit dem 8. Mai 2020. An diesem Tag jährte

sich das Ende des Zweiten Weltkrieges zum 75. Mal. Beides birgt dieser Gedenktag in sich: einerseits die Zerschlagung des nationalsozialistischen Gewaltregimes, andererseits die Fortsetzung grauenhafter Übergriffe gegen die deutsche Zivilbevölkerung.

Von dieser Ambivalenz ist wenig zu spüren, wenn nun die Frage gestellt wird, ob der 8. Mai das Potenzial zum Feiertag hat. Wenig überraschend preschte das rot-rot-grün regierte Berlin als erstes Bundesland vor und rief diesen Tag zum Feiertag aus. Es folgte damit der zweifelhaften DDR-Tradition, einen „Tag der Befreiung“ zu feiern, die in ihrer Schwarz-Weiß-Malerei aber letztlich nur die eigene sozialistische Diktatur verklärte. Gegenwärtig in der Bundesrepublik verantwortliche Politiker schafften es, diese ideologische Aufladung teilweise sogar noch zu übertrumpfen.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier drückte in seiner Rede zum 8. Mai vieles aus, von der Kraft zur Erfassung der geschichtlichen Gegebenheiten in ihrer ganzen Vielfalt und dem Anspruch, historisch abwägend zu urteilen, zeugte sie nicht. Ohne irgendwelche Zwischentöne stellte er die Behauptung auf, „der Tag der Befreiung“ sei „ein Tag der Dankbarkeit“. Um dann gleich in das politische Tagesgeschäft einzusteigen. „Wir“ müssten uns heute „selbst befreien“ und zwar von der „Versuchung eines neuen Nationalismus“. Dass das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik

Deutschland allem Anschein nach die DDR-Nomenklatura an ideologischer Einfalt noch unterbieten kann, hätte man sich vor wenigen Jahren noch nicht vorstellen können.

Einer seiner Vorgänger, Richard von Weizsäcker, zeigte, wie es anders, wie es würdevoll geht. Richard von Weizsäcker hatte in seiner vielzitierten Rede zum 8. Mai 1945 im Jahr 1985 noch die unzähligen deutschen Opfer von Krieg und Nachkriegszeit mit einbezogen, als er betonte, dass „wir als Deutsche“, in „Trauer“ auch „der eigenen Landsleute“, die ums Leben gekommen seien, gedenken. Der hierzu von der AfD-Fraktion erarbeitete Antrag „Der Trauer um die deutschen Opfer des Zweiten Weltkrieges mit einer Gedenkstätte Ausdruck verleihen“ (Bundestagsdrucksache 19/19156) hat diese Passagen der Rede Richard von Weizäckers aufgegriffen und sie so noch einmal in die Debatte um eine angemessene Erinnerungskultur eingebracht.

In unserem Antrag weisen wir auf einen manipulativen Umgang mit dieser Rede des ehemaligen Bundespräsidenten hin. Bewusst werden oft jene Passagen ausblendet, die nicht in das immer dominanter werdende Narrativ passen, dass Deutsche stets nur Täter, niemals Opfer sein können. Doch Deutschland „nur mit einem gebrochenen Herzen lieben“ zu können, mag Steinmeiers Überzeugung sein, „es gibt aber Deutsche und es sind nicht wenige, die ihre Heimat mit vollem Herzen lieben“, führte Jongen in seiner Rede im Bundestag aus.

75 Jahre nach Kriegsende gilt es, die Ambivalenz der Geschichte auszuhalten und die drohende Ausrichtung unserer Erinnerungskultur an falschen und gefährlichen Simplifizie-

rungen abzuwenden. Simplifizierungen, die nur dazu dienen, mit ressentimentgeladenen Kampagnen die autochthone deutsche Bevölkerung moralisch unter Druck zu setzen.

Beispielhaft hierfür ist die aktuelle Debatte um das Thema Rassismus und Postkolonialismus. Auch hier geht es nicht um eine differenzierte historische Auseinandersetzung. Tatsächlich ist der Bildersturm auf Statuen historischer Personen und die Debatte um die Straßenumbenennungen Teil eines großangelegten Angriffs auf unsere Kultur.

Zur historischen Verantwortung bekennen

Flucht aus der Geschichte ist aber der falsche Weg. Wir müssen uns zur historischen Verantwortung bekennen, denn die Vergangenheit gehört zu uns, auch mit ihren Fehlern. Unser Arbeitskreis hat mehrere Anträge (Bundestagsdrucksache 19/15784 und 19/19914) eingebracht, die eine differenzierte Betrachtung der deutschen Geschichte fordern.

Statt unser Straßenbild von Personen zu säubern, die nicht der herrschenden Ideologie entsprechen, fordern wir eine nuancierte und ganzheitliche Betrachtung der Geschichte. Wie in unserem Positionspapier zu Straßenumbenennungen dargelegt, müssen Straßennamen und die damit verbundene Geschichte differenziert betrachtet und kontextualisiert werden. Die Forderung der AfD-Bundestagsfraktion ist so klar wie eindeutig: Keine Straßenumbenennungen und keine Denkmalstürze im Zeichen politischer Korrektheit.

afdbundestag.de/arbeitskreise/kultur-medien/



Positionspapier Straßenumbenennungen der AfD-Bundestagsfraktion



<https://www.afdbundestag.de/aktuelles-infomaterial-2-2-2/>

Praktische Menschenliebe statt Ideologie

Die Interparlamentarische Menschenrechtskommission räumt den Weg frei, um Menschen in Not jenseits der Machtpolitik zu helfen.

Die derzeitige Menschenrechtspolitik ist eine Spielwiese des linken Zeitgeists. Dort bilden Multikulturalismus, Massenmigration und Genderideologie ein Bermuda-dreieck, in dem jegliche vernunftbasierte Politik zur Hilfe wirklich bedrohter und verfolgter Menschen verschwindet. Die AfD-Bundestagsfraktion hat daher die Interparlamentarische Menschenrechtskommission (IPMK) gegründet, ein Projekt des Arbeitskreises Menschenrechte und humanitäre Hilfe, um der verfehlten Menschenrechtspolitik der Bundesregierung und verschiedener linksideologischer Gruppierungen innerhalb und außerhalb des Bundestages wirkungsvoll entgegenzutreten zu können: Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Bürgergesellschaft erarbeiten unabhängige Expertisen zur Menschenrechtslage in Krisenregionen und entwickeln Konzepte, um Konflikte zu vermeiden oder entstandene zu entschärfen.

Diese Empfehlungen sollen die nationalen Parlamente erreichen und deren politische Entscheidungsprozesse beeinflussen. Die Kommission ist dabei in Regionen tätig, zu denen andere Menschenrechtsorganisationen aus ideologischen Gründen nur begrenzten Zugang haben oder gar nicht präsent sind. Die IPMK ist ein Zusammenschluss freiheitlicher und konservativ-patriotischer Kräfte, die sich für die Erhaltung des Nationalstaats und seines christlichen Erbes sowie für die Erhaltung traditioneller Familienwerte einsetzen. Die IPMK steht für eine pragmatische, realistische und lösungsorientierte Menschenrechtspolitik.



Hierzu ein Interview mit Waldemar Herdt, MdB, dem stellvertretenden Sprecher des Arbeitskreises Menschenrechte und humanitäre Hilfe der AfD-Bundestagsfraktion und Sprecher der IPMK.

Herr Herdt, die IPMK entstand auf Ihre Initiative hin. Wie kamen Sie auf die Idee, eine solche Kommission zu gründen?

Bei internationalen menschenrechtspolitischen Konferenzen, an denen ich teilnahm, wie beispielsweise der Interparlamentarischen Union, traf ich immer wieder mit Parlamentariern zusammen, die mir von ungelösten, politisch festgefahrenen Konflikten berichteten. Die großen Organisationen, wie die OSZE, seien dabei untätig, weil sie durch die widerstrebenden Machtinteressen der großen politischen Akteure gelähmt wären. Was ich dabei oft hörte, war: Ihr als Deutsche könntet da eine Menge bewegen, als Mittler zwischen den Konfliktparteien. Mir wurde schnell klar, dass ein kleineres, feineres Werkzeug notwendig ist, um diese Probleme zu lösen.

Was heißt das genau?

Bei meinen Gesprächen gelang es mir, und dafür danke ich Gott, Vertrauen herzustellen...

Pardon, Herr Herdt, warum bringen Sie hier Gott ins Spiel?

Das ist doch klar: Weil er mir in meiner politischen Arbeit Rat und Führung gibt. Das mag in Deutschland – außerhalb der AfD und einigen Resten der Union – merkwürdig klingen, aber bei meinen Gesprächen im Ausland war das christliche Fundament immer der Schlüssel, um mit den Gesprächspartnern vertrauensvoll sprechen und handeln zu können. Auf dieser Basis fanden sich schnell zehn Parlamentarier aus sechs Ländern zusammen, neun weitere Länder sind interessiert. Ich spürte immer ihren Willen, etwas zu verändern, eine Lösung zu erzielen. So fanden wir schnell unser Motto: Dialog statt Konfrontation – denn wer miteinander redet, schießt nicht.

Was hat die IPMK bisher konkret geleistet?

Der Testlauf unserer Kommission war eine Konferenz zur Menschenrechtslage auf der Krim und im Donbass im Mai 2019. Erstmals fanden sich dort Vertreter aller Konfliktparteien an einem runden Tisch zusammen, um offen miteinander zu sprechen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Die Bundesregierung hatte sich zuvor durch ihre Haltung selbst isoliert, indem sie darauf beharrte, dass die Krim zur Ukraine gehört und dass die Sanktionen gegen Russland fortzuführen seien. Das Thema war dringlich, auch weil immer noch viele Deutschstämmige in den besagten

Krisenregionen leben und Deutschland die historisch-politische Verantwortung für diese Menschen übernommen hat.

Welche Erfolge konnten erzielt werden?

Diese Konferenz hatte konkrete, sehr positive Ergebnisse vorzuweisen: Durch eine starke mediale Resonanz und nach mehreren Appellen an die ukrainische Regierung kam es unter anderem zur Freilassung von sieben inhaftierten Journalisten. Das Krim-Donbass-Projekt geht mit einer Konferenz in Minsk weiter. Sozusagen ein Minsk III, wenn wir auf das letzte Abkommen zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und den Staatspräsidenten von Frankreich, Russland und der Ukraine blicken.

Welches weitere Projekt läuft bereits?

Vor zwei Monaten haben wir eine Online-Konferenz zur Lage der aramäischen Christen in Nordsyrien veranstaltet. Diese erdulden durch Erdogans Krieg Schreckliches, seit Jahren fast unbeobachtet von der Weltöffentlichkeit. Wir hatten 42 Teilnehmer aus sieben Ländern. Als Ergebnis richteten wir verschiedene Appelle an die Staatsschefs von Russland, den USA, Syrien und der Türkei. Die Resonanz dazu ist sehr vielversprechend. Auch dieses Projekt geht weiter.

Was ist für die Zukunft geplant?

Demnächst machen wir etwas zu dem neuen Religionsgesetz in Montenegro, das eigentlich Diskriminierungsgesetz der Serbisch-Orthodoxen Kirche in Montenegro heißen müsste. Nach dem Gesetz müssen alle Religionsgemeinschaften in Montenegro belegen, dass Kirchen, Klöster, Liegenschaften oder Grundstücke, die ihnen gehören, auch schon vor 1918 in ihrem Besitz waren. Faktisch ist jedoch nur die Serbisch-Orthodoxen Kirche betroffen.

Das klingt aber nicht sehr diplomatisch, schließlich wurde es vom Parlament in Montenegro mit klarer Mehrheit beschlossen.

Christ zu sein bedeutet nicht, nur noch lieb und unverbindlich daherzureden. Dieses Gesetz widerspricht ganz klar der Europäischen Menschenrechtskonvention, den Artikeln zu Religionsfreiheit, Nichtdiskriminierung und Eigentumschutz. Wenn Montenegro Mitglied der EU werden will, muss das Land das Gesetz zurücknehmen und sich zu seiner Geschichte, seinen christlichen Wurzeln bekennen. Letzteres wünschen wir uns für ganz Europa, und mit der Kommission wollen wir genau dazu einen Beitrag leisten.

afdbundestag.de/arbeitskreise/menschenrechte/



Marienburg in Westpreußen:
Rückkehr in die Heimat verweigert

Dem deutschen Osten verpflichtet

Eine Arbeitsgruppe der AfD-Fraktion setzt sich für die Belange der Vertriebenen und Minderheiten ein und hält die Erinnerung an die Ostgebiete lebendig.

Es gilt unverändert: „Unsere Fürsorge hat vorrangig denen zu gelten, die aufgrund der Zäsur von 1945 nicht mehr im Geltungsbereich des deutschen Grundgesetzes leben.“ Diese Forderung des damaligen Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers (CDU) aus dem Jahr 1953, die sich ursprünglich an alle Fraktionen im Deutschen Bundestag richtete, macht sich heute im Bundestag nur noch die AfD-Fraktion zu eigen.

Vielen Abgeordneten der anderen Fraktionen fehlt schlicht das Wissen, dass dieser Auftrag auch nach der Wiedervereinigung gilt. Denn die Fürsorge, von der Hermann Ehlers sprach, sollte nicht nur den Landsleuten in der DDR, sondern auch den deutschen Volksgruppen in den heutigen ostmitteleuropäischen Nachbarstaaten gelten. Zu deren Unterstützung hat die AfD im Frühjahr 2018 eine

fraktionsinterne Arbeitsgruppe für „Heimatvertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in den ehemaligen Heimatgebieten“ gebildet. Die Mitglieder dieser Arbeitsgruppe haben oft einen persönlichen Bezug, sind Nachgeborene der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge aus den Ostprovinzen des früheren Deutschen Reiches und dem Sudetenland. Ihr Sprecher Wilhelm von Gottberg ist beispielsweise Zeitzeuge und hat als Kind Flucht und Vertreibung aus Ostpreußen bewusst miterlebt.

Wir blicken zurück: Den Geflohenen und Vertriebenen aus den Ostprovinzen des Deutschen Reiches und aus den deutschen Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa wurde nach 1945 die Rückkehr in ihre Heimat verweigert. Rund 14 Millionen Deutsche erlitten dieses Schicksal. Bei der Flucht und der sich anschließenden gewaltsamen Vertrei-

bung kamen mindestens 2,5 Millionen Landsleute zu Tode. Deportationen und ethnische Säuberungen sind keine Erfindung des 20. Jahrhunderts. Aber in dieser Dimension ist es einmalig in der bisherigen Menschheitsgeschichte.

Den Folgewirkungen aus dieser Tragödie hat die Politik auch heute Rechnung zu tragen. Hieraus ergibt sich die

mals bei den Mitgliederversammlungen der deutschen Vereine in Ostpreußen und Schlesien Ansprachen gehalten. Unsere Arbeitsgruppe überwacht die gebotenen finanziellen Zuwendungen der Bundesregierung an die deutschen Vereinigungen in Ostmitteleuropa. Ohne die ständigen Appelle, ohne das Bitten und Betteln der Vertriebenen wäre wenig geschehen.

Kulturförderung der Vertriebenen gesetzlich vorgeschrieben

Dabei ist eine Unterstützung nach Paragraph 96 des „Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge“ (BVFG) sogar vorgeschrieben. Demnach obliegt der Bundesregierung die Kulturförderung der verloren gegangenen früheren deutschen Ostprovinzen Ostpreußen, Pommern und Schlesien sowie für die Heimatgebiete der Sudetendeutschen in Tschechien. Für diese Gebiete gibt es in verschiedenen Städten der Bundesrepublik regionale Landesmuseen. Die AfD-Bundestagsfraktion wacht darüber, dass diese ihre Arbeit angemessen fortführen können. So beanstandete der AfD-Abgeordnete Stephan Protschka detailliert die mangelnde finanzielle Ausstattung für das noch im Aufbau befindliche Sudetendeutsche Landesmuseum in München.



Aufgabe für die Arbeitsgruppe, Interessenvertreter für die heimatverbliebenen deutschen Landsleute zu sein. Diese konnten sich nach dem Fall des Eisernen Vorhangs in den ehemaligen Ostblockstaaten in deutschen Vereinen organisieren. Die Vitalität dieser Vereine hängt maßgeblich von der Unterstützung aus der Bundesrepublik ab.

Unsere Fraktion hat freundschaftliche Verbindungen zu den deutschen Dachverbänden in den früheren deutschen Ostprovinzen Schlesien und Ostpreußen geknüpft. Wir tragen dafür Sorge, dass an den Heimattreffen der Vertriebenen in der Bundesrepublik immer auch eine Abordnung aus den ehemaligen Heimatgebieten teilnehmen kann. Der Sprecher des Arbeitskreises hat mehr-



Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag stößt dabei auf erbitterten Widerstand der anderen Fraktionen.

Ende Juni 2020 wurden im Bundestag die Ratsmitglieder der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ für die nächsten fünf Jahre bestimmt. Die AfD-Fraktion hatte aus ihren Reihen den Abgeordneten von Gottberg vorgeschlagen, der – noch als CDU-Politiker – entscheidend an der Gründung der Stiftung 2004/2005 beteiligt war. Obwohl der AfD-Fraktion als größter Oppositionsfraktion ein Sitz zwingend zustand, setzte sich das skandalöse Verhalten der etablierten Fraktionen gegenüber unseren Abgeordneten fort. Der AfD-Kandidat wurde nicht gewählt, wie auch bei vorausgegangenen anderen Gremienwahlen AfD-Kandidaten konsequent ausgegrenzt und diskriminiert wurden.

Gegen den linken Zeitgeist, der nichts vom sozialistischen Unrecht wissen will

Auch hier legt die Arbeitsgruppe den Finger in die Wunde. Seit ihrer Gründung ist sie im Gespräch mit dem „Heimatverdrängten Landvolk“. Dabei handelt es sich um einen Zusammenschluss von Enteignungsoffern in der Sowjetischen Besatzungszone zwischen 1945 und 1949. Diese Gewaltmaßnahme wurde von den Machthabern als demokratische Bodenreform verlogen umgedeutet. Die Enteignungsoffern wurden aus ihren Besitzungen vertrieben, zum Teil inhaftiert und zu Tode gebracht.

Trotz dieses Unrechts missachtete die Bundesregierung nach der Wende alle gebotenen rechtsstaatlichen Grundsätze nach Wiedergutmachung. Die AfD-Bundestagsfraktion versteht sich hier als Anwalt für die Enteignungsoffern dieser sogenannten „Bodenreform“. Da eine Restitution heute nicht mehr möglich ist, muss eine finanzielle Kompensation gewährt werden, denn Enteignungsmaßnahmen sind zu entschädigen. Dieser Grundsatz war bereits Bestandteil der Weimarer Reichsverfassung und ist weiterhin Bestandteil des Grundgesetzes.

Die AfD-Bundestagsfraktion achtet darauf, dass bei der Einrichtung der Gedächtnisstätte für die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ im Deutschlandhaus in Berlin die deutsche Vertreibungsgeschichte nach 1945 nicht nur als Fußnote in die Dauerausstellung eingehen wird, sondern die ihrer historischen Bedeutung entsprechende Würdigung erfährt. Die Gefahr besteht, da das vorliegende Konzept für die Dauerausstellung lediglich die Dokumentation weltweiter Vertreibungen vorsieht.

Die Deutschen nicht nur in ihrem eigenen Land, sondern auch noch in ihrer eigenen Geschichte als marginalisierte Minderheit – dagegen werden wir kämpfen!

afdbundestag.de/arbeitskreise/heimatvertriebene/



„Die Wertschätzung des Bürgers ist die Grundlage unserer Arbeit“

Damit die Stimmen der Bürger nicht nur an der Wahlurne zählen, hat die AfD-Fraktion ein Bürgerbüro eingerichtet.

Eine freundliche Stimme am Hörer: „Guten Tag, hier ist das Bürgerbüro der Alternative für Deutschland im Bundestag“ – unzählige Male wird Petra Schuster heute noch diesen Satz sprechen. Zusammen mit ihrer Kollegin Jana Ramm leitet sie das AfD-Bürgerbüro im Deutschen Bundestag. Telefonanrufe, Briefe oder Emails – die beiden sind der erste Ansprechpartner für Fragen, Anmerkungen oder Kritik an der Fraktionsarbeit. Sie tragen zusammen, was die Deutschen bewegt.

Ein typischer Anrufer? Den gibt es nicht. Akademiker ebenso wie Arbeiter, Rentner, Selbstständige, Schüler – aus allen Schichten stammen die Anfragen. „Also wenn jemand etwas von ‚bunt‘ sagen kann, dann wir“, stellt Petra Schuster immer wieder aufs Neue fest. Und jeder wendet sich mit einem anderen Anliegen an das Bürgerbüro. Manche brauchen nur allgemeine Informationen, andere stellen Fragen, die nur die Experten aus den Arbeitskreisen beantworten können, oder kommentieren das politische Geschehen.

„Für sehr viele ist es überhaupt der erste Kontakt mit jemandem von der AfD“, beschreiben die Fraktionsmitarbeiterinnen ihre Arbeit. „Manchmal hört man, dass sie einfach aus Neugier anrufen, um herauszufinden, wie wir so ‚ticken‘“. Häufig ist dann die Überraschung groß, wenn das öffentliche Zerrbild nicht der Wirklichkeit entspricht. Für das Bürgerbüro hält jeder neue Kontakt neue Überraschungen bereit. „Das ist zwar sehr spannend, kann aber auch sehr herausfordernd sein“, fasst Jana Ramm ihre Erfahrungen zusammen.

Wenn beispielsweise Anrufer eine Parlamentsdebatte im Fernseher sehen und schon kommentieren, bevor sie vorbei ist: „Einige verfolgen sehr aufmerksam und fachkundig das politische Geschehen.“ Wertvolle Hinweise konnten so schon gesammelt werden. Manchmal fällt es aber auch schwer, emotional Abstand zu bewahren. Anrufer, die Schicksalsschläge hinnehmen mussten, vor dem Nichts stehen und sich von der herrschenden Politik alleine gelassen fühlen. Da wird das Bürgerbüro auch schon mal zur seelsorgerischen Sprechstunde.

Alle Anfragen, Gespräche und Hinweise werden ernst genommen werden. „Die Wertschätzung des Bürgers ist die Grundlage unserer Arbeit“, betont Petra Schuster. Jeder Bürgerkontakt wird dokumentiert und wöchentlich gemeinsam mit dem für die Medien zuständigen Parlamentarischen Geschäftsführer, Dr. Götz Frömming, ausgewertet. Welche Themen bewegt die Menschen aktuell im Lande? Wie wird die Arbeit der Fraktion wahrgenommen? Wo müssen wir besser werden?

Lob aber auch Kritik findet hier immer Gehör

Alles das wird erfasst, gewichtet und aufbereitet. Über die Ergebnisse wird dann der Fraktionsvorstand regelmäßig informiert. Auf diesem Weg wurde schon so mancher Hinweis eines Bürgers als parlamentarische Anfrage an die Bundesregierung gerichtet. Aber auch Lob ist für die Abgeordneten nicht zu unterschätzen, bestärkt es sie doch, trotz öffentlicher Anfeindungen weiter die herrschende Politik zu kritisieren und Alternativen aufzuzeigen. Und unsere Abgeordneten erfahren, dass sie für eine wachsende Anzahl von Bürgern stehen, die sich eine andere Politik in und für Deutschland wünschen.

„Die Meinung der Bürger ist für die AfD nicht nur in Wahlkampfzeiten wichtig. Über unser Bürgerbüro stellt die AfD-Fraktion sicher, dass die Menschen jederzeit einen Ansprechpartner im Deutschen Bundestag haben und Gehör finden“, fasst Götz Frömming die Bedeutung des Bürgerbüros für die AfD-Bundestagsfraktion zusammen. Selbstverständlich gehört dazu auch die Kritik an der eigenen Arbeit.

Doch an dem mit Abstand am häufigsten genannten Kritikpunkt kann die Fraktion wenig ändern – die mangelnde Präsenz von AfD-Abgeordneten in den öffentlich-rechtlichen Medien, insbesondere in Talkshows. Hier kann sie die Bürger nur an die Redaktionen der Rundfunkanstalten verweisen, die dann vielleicht endlich einmal auf ihre Beitragszahler hören.



www.afdbundestag.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Dr. Götz Frömming MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer

Kontakt:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57141
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: buenger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion:
Marcus Schmidt, Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag; Smartphone – Adobe Stock /
© inueng; Smartphone mit QR-Code – Adobe Stock / © Graf-Vishenka

Stand: Dezember 2020

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.

SOCIAL-MEDIA-KANÄLE



twitter.com/AfDimBundestag



facebook.com/AfDimBundestag



youtube.com/AfDFraktionimBundestag



instagram/AfDimBundestag